

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

nr. 437 Jahrg. 215

für Anhalt und Thüringen.

Einzelpreis 5 Mark

Bezugspreis: monatlich 100.— mit Zustellgebühr, Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Briefträger und unsere Auslieferungen entgegen.
Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf zentrale 7801.
abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postfachkonto: Leipzig 20 512.

Sonntag-Ausgabe

Sonntag, 17. September 1922

Anzeigenpreis: Die Spalte 84 mm breite mm-Größe 10.—. Die Spalte 90 mm breite mm-Größe 12.—. Abdruck nach Art. 1. Erklärungen Halle-Saale.
Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Markgraf Dr. 6349.
Eigene Berliner Schriftleitung. — Druck u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale.

Entscheidung nicht vor Montag

Montag Empfang Hovensteins und Bradburns bei Lloyd George

w. London, 16. September.

Der englische Vertreter in der Reparationskommission, Sir John Bradburn, ist laut „Evening Standard“ gestern abend in London eingetroffen, wo er eine Unterredung mit dem Reichsstaatspräsidenten Hovenstein hatte. Man glaubt auch, daß Lloyd George Montag vormittag Bradburn und Hovenstein in der Downingstreet empfangen werde. Außerdem werde letzterer mit dem Präsidenten der Bank von England und mehreren bedeutenden Finanziers der City konferieren. An den Besprechungen würde auch der britische Schatzkanzler, Sir Robert Simeon, teilnehmen. Man gibt der Ansicht Ausdruck, daß es für Deutschland unmöglich wäre, die 50 Millionen Pfund an Belgien zu bezahlen.

Die Hoffnungen, die die deutsche Regierung auf die Verhandlungen Hovensteins in London setzt, begründen sich, wie von dementsprechender Seite mitgeteilt wird, auf folgenden Erwägungen: Nachdem die letzten deutsch-belgischen Besprechungen in Berlin an Wierland Belgiens gegen eine Prolongation der deutschen Schuldverschuldung gescheitert waren, wurde der Plan erwogen, daß die Reichsbank eine Garantie für diese Schuldverschuldung übernehmen könnte, auch wenn die Prolongation nicht zugestanden würde; die Garantieübernahme durch die Reichsbank für Schuldverschuldung mit einer Laufzeit von nur sechs Monaten würde allerdings nur möglich sein, wenn eine Rückbedingung geschaffen werden könnte, die zu befehlen hätte, daß nach Ablauf der sechsmonatigen Frist ein zu einer Garantie einbringen könnte, der die erforderlichen Mittel zur Einlösung der Verschuldung vorstreckt. Als ein solcher zweiter Garant kommt jetzt die Bank von England oder, durch deren Vermittlung, eine Reihe anderer englischer Banken in Betracht. Das heißt also mit anderen Worten, daß Deutschland nun doch Belgien die sechsmonatigen Schuldverschuldung ausstellt und die Reichsbank dafür garantiert. Der Reichsbank selbst würde durch die Bank von England ein Rückbedingung gegeben werden, so daß sie bei Fälligkeit der Verschuldung auf englische Finanzhilfe zurückgreifen könnte. Die Engländer ihrerseits würden sich mit Verschuldung auf längere Sicht zufrieden geben, so daß im ganzen die Prolongation auf achtzehn Monate, die von der Reichsbank als unerlässliche Voraussetzung ihrer Garantie angesehen wird, zulässig käme.

Dabei ist aber folgendes zu bedenken: Die Sicherheit, die die Bank von England verlangen muß, wird in deutschen Geld gesucht werden. Es wird nun erwartet, daß bei in diesem Falle keine Auslieferung, sondern eine Transaktion, wie sie zwischen Banken üblich ist. Schon jetzt habe die Reichsbank Golddepots bei der Bank von England. Diese Auffassung läßt aber bei einer genaueren Prüfung durchaus nicht stand. Wie wäre denn die Frage nach Befriedigung neuen Geldes nach England, ja schon nach Befriedigung des dort schon liegenden Deposits der Reichsbank? Der Goldbestand der Reichsbank wäre eben um den entnommenen Betrag verringert.

Der Unterschied liegt also einzig und allein darin, daß nicht Belgien, sondern England deutsches Geld bekommt. Eine Einlösung dieses Geldes wird ebensomöglich nach 6 wie nach 18 Monaten möglich sein. Die Londoner Welt ist also ebenso bereitwillig für Deutschlands Zukunft wie alles andere. Auf solchem Wege wird Deutschland nie die rechte Hilfe gedrängt werden.

Ueber die Haltung der Belgier berichtet man sich in Paris noch immer den Kopf, dafür sind folgende Meldungen kennzeichnend:

w. Paris, 16. September.

Die „Revue Parisienne“ meldet, geht aus den Dingen, die sich gestern ereignet haben, klar hervor, daß Deutschland nicht in der Lage ist, eine Fälligkeit von einigen Tagen zu bewältigen, sei es seine Antwort zu geben.

Das „Journal“ schreibt: Der belgische Vertreter in der Reparationskommission, Delacroix, der sich in den letzten Tagen völlig zurückgezogen verhielt, betonte gestern in den Unterredungen mit Dr. Bergmann und Dr. Fischer ausdrücklich, daß die belgische Regierung auf dem Beschluß bestände, die von ihr geforderten Garantien auf die deutsche Schuldverschuldung zu erhalten. Es wäre deshalb auszusagen, irgendwelche Kombinationen vorzuschlagen, die über die von der Reparationskommission am 31. August gefassten Beschlüsse hinausgingen.

Infolge dessen glaubt das „Journal“, daß die Deutschen den belgischen Wünschen stattgeben werden.

Ueber den Empfang des deutschen Gesandten Dr. Landsberg durch den belgischen Ministerpräsidenten Spaak wird noch gemeldet, daß der belgische Ministerpräsident die Erklärung der deutschen Regierung zunächst als genügend bezeichnete. Im übrigen liegt jetzt das Schweregewicht in London, wo der Reichsstaatspräsident Hovenstein verhandelt. Eine Entscheidung ist vor Montag nicht zu erwarten.

Die Konsulate in Smyrna niedergebrennt

w. London, 16. September.

Das britische Generalkonsulat in Smyrna teilt mit, daß alle Konsulate niedergebrennt sind mit Ausnahme des belgischen, norwegischen und dänischen, die von dem Handelszentrum etwas entfernt liegen.

Der französische Generalkonsul in Smyrna telegraphiert, daß er sich an Word eines Kriegsschiffes begeben habe, nachdem das französische Konsulat abgebrannt sei.

Die Deutschnationale Vertretertagung

Am 14. und 15. ds. Mts. fand in Berlin eine Tagung der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei statt. Ueber die äußere politische Lage berichtete Abgeordneter Dr. Seiffert; die namentlich durch die Ausnahmepolitik des Reiches von Reichsmann geführte innerpolitische Lage wurde durch den Abgeordneten Grafen Westarp beleuchtet. In diesen Darlegungen wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Die Erfüllungspolitik hat zu dem von uns vorausgesehenen vollständigen Zusammenbruch geführt. Deutschlands innere und äußere Politik ist durch sie zur Untauglichkeit gezeitigt worden. Sie muß endlich durch eine Politik ehrlicher und entschlossener Ablehnung unmöglicher Forderungen ersetzt werden. Der uns jetzt zugemutete Verlust oder die Verminderung des Goldbestandes der Reichsbank, ebensowie die Forderung durch eine Garantie der Reichsbank für die geforderten Schuldverschuldungen des Reiches, würde unserer Wahrung den letzten Akt nehmen. Die zeitliche Forderung auf Niedriglegung von 100 Millionen Gold muß deshalb auf jede Gefahr hin abgelehnt werden. Ein entschlossenes, endlich einmal in die letzten Folgen hinein schreitendes Eintreten der Reichspartei, die über uns heringehenden ist, nicht beschließen, es ist vielmehr das einzige Mittel, einer endgültigen, unserer Leistungsfähigkeit angebotenen Regelung der Reparationsforderungen den Weg zu bereiten.“

Die Wirklungen der auf Geldentwertung und Mangel beruhenden Forderung, die sich als unmittelbare Folge des Reparationsanspruchs darstellt, machen sich immer verheerender geltend. Solange der Feindbund auf seinen von Vernichtungswilligen diktierten Forderungen besteht, muß mit steigender Arbeitslosigkeit, mit der Zunahme von Mangel, Leuerung und Not gerechnet werden. Gleichwohl fordern wir, daß sofort von der Regierung im Innern alle Maßnahmen getroffen werden, die irgend geeignet erscheinen können, dem Uebel zu steuern. Die Mitglieder zur Krieges- und Zwangsarbeit, deren vollen Mißerfolg wir noch alle in früherer Erinnerung haben, lehnen wir uns angesichts ab. In erster Linie kommt neben der Abmilderung unmöglicher Forderungen des Feindbundes alles darauf an, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Erzeugung zu vermehren und den Vertrag den eigenen Volksgenossen zu brechen zu gestalten.

Wir verlangen deshalb, daß die Reichsregierung die zutreffenden Maßnahmen in enger Fälligkeit mit den Vertretungen aller Reichskreise und unter Beachtung der Rechte des Reichstages trifft. Hierbei sind selbstverständlich die Vertretungsorgane der Arbeitergemeinschaft gleichberechtigt zur Mitwirkung heranzuziehen, die Abmilderung der sozialdemokratischen Gewerkschaften jedoch muß auf diesem wie auf anderen Gebieten entschieden abgelehnt werden.

Die fortschreitende Not und die aus ihr erschwenden äußeren und inneren Gefahren können nur überwunden werden, wenn die Einheit der Volksgemeinschaft hergestellt wird. Das heißt durch den Kampf verbunden. Wir fordern, daß die Parole: „Der Feind ist nicht rechts“ in Wort und Tat zurückergriffen wird. Durch ihre aufhebende Wirkung wird die Gefahr verdrängter und revolutionärer Massenagitationen ins Ungeheuerliche gesteigert. Die verfassungsmäßige Wahlmengenordnung und das pflichtgemäße Willen zu positiver Mitarbeit erfüllen Volkstreffen Tag für Tag schweres Unrecht zu und behindern sie in der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte; sie gefährdet durch die weitere Entwertung der Einzelheiten den Reichsgedanken.

Sehr ausführlich wurde die Aufhebung der Fraktionsgemeinschaft gegenüber der deutschnationalen Reichstagsfraktion gegenüber dem Abgeordneten Hennig besprochen und zu dieser Angelegenheit folgende Entschliessung gefaßt:

„Die Parteivertretung hat in ihrer vorigen Tagung die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der gegen den

w. Angora, 16. September.
Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, ist die türkische Nation unter folgenden Bedingungen bereit einen Waffenstillstand zu schließen:

1. Rücknahme des ganzen vom Feinde besetzten Gebietes, Bedingungen hinsichtlich aller Waffen, Munition und Nachschubmittel.
2. Anerkennung der uneingeschränkten türkischen Souveränität über Kleinasien und Thrakien und Verzichtleistung auf alle Ansprüche auf diese Gebiete.
3. Wiedergutmachung aller Schäden und Erfas aller Verluste der türkischen Nation, die vom Feinde zur Last fallen.
4. Auslieferung aller Personen, die während der Invasion Graubrautentaten begangen haben.

Die Griechen aus Adrianopel vertrieben

w. London, 16. September.

Eine bisher nicht bestätigte Mitteilung aus Adrianopel besagt, die Arbeiter hätten, von einem Teil der Bevölkerung unterstützt, die griechischen Behörden vertrieben.

Reichstagsabgeordneter Hennig erhobenen Vorwürfe beschloß mit dem ausdrücklichen Auftrag, auch die rein politische Seite der Frage in den Bereich der Untersuchung zu geben. Nachdem dieser Ausschuss das Ergebnis seiner Prüfung dem Reichstagsabgeordneten Hennig mitgeteilt hat, ist die Vertretung unter Zustimmung des Parteivorstandes die Abhaltung der Fraktionsgemeinschaft gegenüber dem Abgeordneten Hennig beschlossen.

Die Parteivertretung nimmt hierüber Kenntnis und erachtet die Angelegenheit damit für erledigt.

Wie der nach wie vor maßgeblichen Einstellung der Partei bei dieser Gelegenheit nicht das geringste zu tun.“

Einen ebenso breiten Raum nahmen die Besprechungen ein, die das Verhalten der Abgeordneten von Graefe und Bulte zum Gegenstand hatten. In dieser Angelegenheit wurde mit drei Viertel Mehrheit folgender Beschluß gefaßt:

„Angesichts der persönlichen Kränkungen der in Betracht kommenden Parteimitglieder und von Parteifreunden, die in Form und Veröffentlichung der Erklärungen der Herren von Graefe und Bulte gesehen werden müssen, erachtet die Parteivertretung von den genannten Herren ausreichende Erklärungen.“

Angesichts der Tatsache, daß die Parteidisziplin die Grundlage jeder erfolgreichen politischen Arbeit ist, erwartet die Parteivertretung ferner von den beiden Herren die Erklärung, daß sie entschlossen sind, diesem Grundsatze bei der Vertretung ihrer Auffassungen in künftigen Reden zu haften.“

Die Behauptung der Rechte der deutschen Beamtenschaft durch das neue Tarifgesetz bezweckliche die Parteivertretung folgende Entschliessung zu fassen:

„Die Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei bedauert, daß durch das gegen die Stimmen der Deutschnationalen zustandegekommene Gesetz über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik die durch die Weimarer Verfassung gewährte Meinungsfreiheit der Beamten wesentlich beschränkt worden ist. Schon jetzt — wenige Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes — treten die von den Deutschnationalen bei seiner Beratung vorausgesehenen schädlichen Folgen in Erscheinung. Insbesondere wird das Gesetz dazu genötigt, deutsche Beamten und Beamten und Lehrer nicht nur in ihren Aufstiegsmöglichkeiten hindernisse zu bereiten, sondern sie auch aus ihren Stellen zu verdrängen.“

Solchen Mißbrauche des Gesetzes wird die Deutschnationale Volkspartei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. Sie fordert die sie angehenden Beamten und Lehrer auf, der Verteilung jeden verdrängten Fall unerschrocken mitzutreten.

Die Partei betrachtet den Schutz der Beamten und Lehrer als eine ihrer vornehmsten Pflichten. Sie erwartet überseits von den Beamten und Lehrern, daß sie sich durch die gegen sie betriebene Debe nicht beirren lassen, sondern treu zur Partei haften.“

Auf dem Tisch Deines Nachbarn
darf auch nur die „Hallesche Zeitung“, das billigste Blatt des Bezirks (zweimal täglich), liegen. Sorg Du dafür, deutschnationaler Mann!

Dollar amtlich 1485,64 G.

